

Satzung

des Bildungswerk für Schülervertretung und Schülerbeteiligung e.V.

§1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen „Bildungswerk für Schülervertretung und Schülerbeteiligung e.V.“. Er führt die Kurzformen „SV-Bildungswerk e.V.“ und „SVB e.V.“
- (2) Er ist in das Vereinsregister Charlottenburg unter der Registernummer VR 27195 B eingetragen.
- (3) Er hat seinen Sitz in Berlin.
- (4) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§2 Ziele des Vereins / Vereinszweck

- (1) Der Verein dient der Stärkung und Unterstützung der Schüler*innenbeteiligung, der Jugendbeteiligung und der schulischen sowie außerschulischen politischen Bildung. Damit fördert er
 - a. die Erziehung junger Menschen zu Demokratie, eigenverantwortlichem Handeln und Verantwortungsübernahme,
 - b. die Beteiligung junger Menschen an der Entwicklung und Gestaltung ihrer Schule,
 - c. die Fähigkeit junger Menschen, ihre Interessen gegenüber Politik und Öffentlichkeit zu vertreten,
 - d. die Verwirklichung der Menschenrechte, insbesondere der UN-Kinderrechtskonvention,
 - e. das Recht junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit i.S. d. § 1 SGB VIII. Das wird insbesondere durch die Förderung individueller und sozialer Entwicklung junger Menschen verwirklicht. Der Verein möchte junge Menschen unterstützen, positive Lebensbedingungen für sich selbst und die eigene Umgebung zu schaffen.
- (2) Seine Ziele erreicht der Verein unter anderem durch
 - a. die Fortbildung von jungen Menschen,
 - b. die Koordination des Netzwerks der SV-Berater*innen,
 - c. die Fortbildung von Pädagog*innen,
 - d. die Schaffung von Gelegenheiten des Erfahrungsaustauschs,
 - e. die Kooperation mit anderen Organisationen und eine Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit,
 - f. die Durchführung eigener und die Förderung und Beratung bestehender Projekte und Aktivitäten, die der Erreichung der Vereinsziele dienen.
- (3) Bei seinen Aktivitäten fühlt sich der Verein den Konzepten der Demokratiepädagogik und des Peer-Lernens verpflichtet.
- (4) Mit seinen Angeboten tritt der Verein nicht in Konkurrenz zu anderen Angeboten, insbesondere nicht zu denen der regionalen, landesweiten und bundesweiten Schüler*innenvertretungen und Schüler*innenorganisationen, sondern füllt Lücken und versucht innovative Projekte umzusetzen und Kooperationen anzustoßen.

§3 Gemeinnützigkeit des Vereins

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Besonders steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (2) Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins. Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§4 Mitgliedschaft

- (1) Der Verein hat Mitglieder, und Fördermitglieder. Mitglieder sind dazu verpflichtet, einen Mitgliedsbeitrag zu zahlen. Näheres regelt die Beitragsordnung.
- (2) Mitglieder haben Rechte und Pflichten gemäß dem BGB. Sie haben die Pflicht, sich über ihr Engagement zur Verwirklichung der Vereinsziele hinaus auf die von ihnen zu treffenden Entscheidungen sorgfältig vorzubereiten und diese unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf den Verein zu treffen. Dies gilt insbesondere bei Beschlüssen über finanzielle, materielle oder personelle Ressourcen des Vereins.
- (3) Fördermitglieder haben das Recht, Informationen über die Aktivitäten des Vereins zu erhalten und eigene Vorschläge zur Weiterentwicklung einzubringen.

§5 Erwerb und Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Über die Aufnahme im Verein entscheidet der Vorstand. Mitglied kann jede natürliche Person werden, die die Vereinsziele anerkennt. Fördermitglieder können natürliche und juristische Personen werden, die die Vereinsziele anerkennen. Die Mitgliedschaft wird schriftlich gegenüber dem Vorstand beantragt.
- (2) Die Mitgliedschaft erlischt durch
 - a. den Tod des Mitglieds,
 - b. den Ausschluss durch den Vorstand oder die Mitgliederversammlung,
 - c. den Austritt zum Jahresende. Der Austritt muss dem Vorstand schriftlich mitgeteilt werden.

§6 Organe des Vereins

Die Organe des Vereins sind die

- (1) Mitgliederversammlung und der
- (2) Vorstand

§7 Gliederung

- (1) Der Verein kann regionale Untergliederungen zulassen. Gründungen und Änderungen der Untergliederungen bedürfen der Zustimmung des Vorstandes. Zweck der Untergliederungen ist es, lokale bzw. regionale Projekte umsetzen zu können. Die Untergliederung ist in der Planung und Umsetzung, ebenso wie in der Verwaltung und Verwendung der akquirierten Mittel, frei und eigenständig tätig.

- (2) Die Untergliederungen können die Eigenschaften selbstständiger Vereine haben. Der Name der Untergliederung enthält den vollen Namen des SV-Bildungswerks und eine zusätzliche Bezeichnung der Untergliederung. Satzungen und Satzungsänderungen der Untergliederung bedürfen der Billigung des Vorstands des SV-Bildungswerks. Sie dürfen nicht im Widerspruch zu der Satzung des SV-Bildungswerks stehen. Untergliederungen sind an Beschlüsse des SV-Bildungswerks gebunden.
- (3) Bei Auflösung von Untergliederungen fällt deren Vermögen an das SV-Bildungswerk.

§8 Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung ist das höchste beschlussfassende Organ des Vereins und hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - a. Wahl und Abwahl des Vorstands
 - b. Wahl zweier Kassenprüfer
 - c. Entgegennahme der Berichte von Vorstand, Vorsitzenden der Arbeitsgruppen und Kassenprüfern,
 - d. Entlastung des Vorstands und der besonderen Vertreter nach §30 BGB,
 - e. Beschluss einer Geschäfts-, Wahl- und Beitragsordnung
 - f. Satzungsänderungen und Auflösung des Vereins.
- (2) Mindestens ein Mal im Jahr lädt der Vorstand zu einer ordentlichen Mitgliederversammlung ein. Die Mitglieder werden dazu, zusammen mit der vorläufigen Tagesordnung, mindestens drei Wochen vorher schriftlich oder per E-Mail eingeladen. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen wurde.
- (3) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung findet auf Antrag von 15% der Mitglieder oder auf Beschluss des Vorstandes statt. Sie muss innerhalb von sechs Wochen nach Antragstellung stattfinden. Die Einladungsfristen aus Absatz 2 gelten auch hier.
- (4) Beschlüsse werden, wenn nicht anders vorgeschrieben, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
- (5) Über die Beschlüsse und auch über den wesentlichen Verlauf der Diskussion ist ein Protokoll zu führen, das von Protokollführer und Vorsitzendem unterschrieben und den Mitgliedern zugänglich gemacht werden muss.

§9 Vorstand

- (1) Der Vorstand (gem. § 26 BGB) besteht aus drei bis sieben Vorstandsmitgliedern, die auf ein Jahr von der Mitgliederversammlung gewählt werden. Alle Vorstandsmitglieder sind alleinvertretungsberechtigt. Der Vorstand wird durch ein Mitglied gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Der Vorstand trifft seine Entscheidungen mit Mehrheitsbeschluss, ein Konsens soll jedoch angestrebt werden. Ausnahmen können in der Geschäftsordnung festgelegt werden.
- (2) Die Mitgliederversammlung wählt eine*n International Officer. Diese*r wird in den Vorstand kooptiert, wenn sie*er nicht bereits Mitglied des Vorstandes ist. Sie*er koordiniert die internationale Arbeit des SV-Bildungswerk.
- (3) Der Vorstand kann Vorstandsmitglieder kooptieren. Diese sind nicht vertretungsberechtigt. Die Kooptation kann vom Vorstand aufgehoben werden. Die Dauer und Aufgaben der Kooptation werden durch den Vorstand beschlossen.
- (4) Der Vorstand kann eine*n Geschäftsführer*in und andere Mitarbeiter*innen einstellen. Die*Der Geschäftsführer*in ist dem Vorstand verantwortlich. Die Mitarbeiter*innen sind der*dem Geschäftsführer*in oder dem Vorstand verantwortlich.

- (5) Der Vorstand kann besondere Vertreter*innen gemäß §30 BGB bestellen. Bei der Bestellung werden die Aufgaben und die Vertretungsberechtigung festgelegt. Der Vorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben.
- (6) Für ein einzelnes Rechtsgeschäft kann der Vorstand (bzw. die*der Geschäftsführer*in) jeweils durch einen Beschluss der Mitgliederversammlung von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit werden. Für Rechtsgeschäfte mit anderen gemeinnützigen Organisationen sind Vorstandsmitglieder und die*der Geschäftsführer*in von den Beschränkungen des §181 BGB befreit.
- (7) Der Vorstand kann eine Aufwandsentschädigung in Anspruch nehmen. Die Mitglieder werden hierüber informiert. Er ist berechtigt für nicht vorstandsbezogene Tätigkeiten eine Vergütung zu erhalten. Die Vergütung und andere Konditionen dieser Tätigkeit sollen angemessen sein und müssen einem Drittvergleich standhalten. Die Konditionen und die Arbeitsaufgaben sind vor Beginn der Tätigkeit schriftlich festzuhalten. Die Mitglieder werden über die Art und den Umfang der Beschäftigung von Vorstandsmitgliedern spätestens bis zum Beschäftigungsbeginn informiert.
- (8) Der Vorstand bleibt nach Ablauf der Wahlperiode für eine Übergangszeit bis zur Bestellung eines neuen Vorstands im Amt. Eine Neuwahl soll schnellstmöglich erfolgen.

§10 Satzungsänderungen, Zweckänderungen, Auflösung des Vereins

- (1) Über Satzungsänderungen, die Änderung des Vereinszwecks und die Auflösung des Vereins entscheidet die Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder. Entsprechende Anträge müssen drei Wochen vor der Mitgliederversammlung an die Mitglieder verschickt werden.
- (2) Änderungen oder Ergänzungen der Satzung, die von der zuständigen Registerbehörde oder dem Finanzamt vorgeschrieben werden, setzt der Vorstand ohne Beschluss der Mitgliederversammlung um. Die Mitglieder sind darüber spätestens mit der Einladung zur nächsten Mitgliederversammlung zu informieren.
- (3) Bei Auflösung oder Wegfall der Gemeinnützigkeit ist das Vereinsvermögen für steuerbegünstigte Zwecke im Sinne des §2 zu verwenden. Beschlüsse über die zukünftige Verwendung des Vermögens dürfen nur mit Zustimmung des Finanzamts ausgeführt werden.

§11 Inkrafttreten

Die Satzung und deren Änderungen treten mit ihrer Verabschiedung durch die Mitgliederversammlung in Kraft.

§12 Salvatorische Klausel

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Satzung rechtsunwirksam sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit aller anderen Bestimmungen hiervon unberührt.
- (2) Eine rechtsunwirksame Bestimmung ist durch die Mitgliederversammlung durch eine rechtswirksame Bestimmung zu ersetzen, die in ihrer Wirkung dem Sinne der ursprünglichen Bestimmung weitest möglich entspricht.

Neufassung beschlossen auf der 18. Mitgliederversammlung am 14.04.2017 in Zierenberg.